Bekanntmachung

Feststellung des Ergebnisses der Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Angelika und Hermann Lögermann, Wahner Straße 10, 49762 Renkenberge, beantragen die Genehmigung für den Neubau eines Legehennenstalls für 12.000 Bio-Legehennen oder alt. 14.996 Freiland-Legehennen, die Aufstellung von zwei Futtermittelsilos (2 x 26 m³), den Neubau eines überdachten Kotlagers und eines Schmutzwasserbehälters (8 u. 50 m³) sowie für die Aufstellung eines Kadaverbehälters auf dem Grundstück Gemarkung Renkenberge, Flur 3, Flurstück 84/2.

Für dieses Vorhaben war aufgrund der Kumulation mit der Tierhaltung an der Hofstelle und dem vorhandenen Mastschweinestall gemäß § 11 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 i. V. m. § 11 Abs. 3 S. 2 i. V. m. § 10 Abs. 4 UVPG i. V. m. Nr. 7.11.2 der Anlage 1 zum UVPG die Durchführung einer Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls erforderlich.

Im Rahmen dieser Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls wurde nach Maßgabe der Kriterien der Anlage 3 zum UVPG festgestellt, dass für das Vorhaben keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Besondere Nutzungsstrukturen sind im weiteren Umfeld nicht vorhanden. Die Abstände zur umliegenden Wohnbebauung betragen mehr als 450 m. Ein relevanter Einfluss des o. g. Vorhabens im Sinne der Geruchsimmisionsrichtlinie (> 0,49 % der Jahresstunden Geruch) ist daher nicht zu erwarten. Der Bagatellmassenstrom von 1,0 kg/h Staub gemäß Tabelle 7 der TA Luft wird durch das geplante Vorhaben eingehalten. Eine besondere örtliche Lage oder andere besondere Umstände, die eine weitere Prüfung notwendig machen würden, sind aus immissionsschutzrechtlicher Sicht nicht ersichtlich.

Im Hinblick auf die Qualitätskriterien ist hervorzuheben, dass erhebliche Auswirkungen auf Natur und Landschaft nicht zu erwarten sind. Die Ackerfläche stellt als Vorhabenstandort keinen ökologisch hochwertigen Biotoptyp dar. Zur Kompensation des Eingriffs in den Naturhaushalt und in das Landschaftsbild werden geeignete Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt. Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG sind unter Berücksichtigung der Minimierungs- und Vermeidungsmaßnahmen nicht zu erwarten.

Der Grundwasserkörper wird durch die Emission von Stickstoff nicht erheblich belastet. Oberflächengewässer werden nicht tangiert.

Im Hinblick auf den Standort des Vorhabens war festzustellen, dass besondere Schutzkriterien im Sinne der Nr. 2.3.1 bis 2.3.11 der Anlage 3 zum UVPG im Plangebiet nicht vorhanden bzw. durch das Vorhaben potentiell nicht betroffen sind.

Im Ergebnis sind unter Berücksichtigung der Kriterien der Anlage 3 keine erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen auf die in § 2 Abs. 1 UVPG genannten Schutzgüter zu erwarten. Für das Vorhaben besteht demnach keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung.

Die Feststellung des Ergebnisses wird hiermit gemäß § 5 Abs. 2 UVPG öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung nicht selbständig anfechtbar ist (§ 5 Abs. 3 UVPG).

49716 Meppen, den 06.05.2021

Landkreis Emsland
Der Landrat